Ansgar Klein - 25. April 2016

Die Aktualität des Protestantismus in den Diskursen der Zivilgesellschaft

Anmerkungen zum Lutherjahr 2017

Das Reformationsjubiläum 2017 bietet einen guten Anlass, um sich der Bedeutung von Martin Luther und des Protestantismus auch aus Sicht der Zivilgesellschaft zu vergewissern.

Die überragende Bedeutung von Demokratie und Engagement für die Praxis der Kirchenorganisation in der Evangelischen Kirche ist hier sicherlich im starken Kontrast mit dem Zentralismus in der Katholischen Kirche zu nennen. Die Rolle der Frauen in der Kirchenorganisation ist ein weiterer Punkt der Differenz in den für die Zivilgesellschaft wesentlichen kirchenpolitischen Haltungen, ergänzt auch um die Haltung zu Lesben und Schwulen. Zeithistorisch präsent ist auch die bedeutende Rolle der Evangelischen Kirche als Schutzdach der Bürgerbewegung in der DDR. Die bedeutende Rolle beider Kirchen für die Solidaritätsbewegung ergänzt diese erste Annäherung.

Im historischen Rückblick ergibt sich freilich ein komplexes Bild, durchaus mit Widersprüchen. Ambivalent erscheint in ihren Folgen für die politische Kultur die Staatsnähe der protestantischen Kirche, die sich im Gefolge des Augsburger Religionsfriedens entwickelt hat und den jeweiligen Landesherren einen großen Einfluss ins kirchliche Geschehen gegeben hat. Die Anhänger der bekennenden Kirche gehörten in der Zeit des Nationalsozialismus in der Evangelischen Kirche eher zu einer Minderheit – groß war in der Evangelischen Kirche die Anpassung auch an den totalitären Staat. Die Tradition des Widerstands wie auch des zivilen Ungehorsams war jedoch auch hier lebendig – eindrucksvoll von Generalstaatsanwalt Dr. Fritz Bauer in sogenannte „Remer-Prozesse“ in Braunschweig reaktualisiert als legitimer Widerstand gegen einen „Unrechtsstaat“ auch mithilfe theologischer Expertise.

Das in der Debatte um das Widerstandsrecht gegen ungerechte Herrschaft angelegte Verständnis des zivilen Ungehorsams findet sich auch in der Haltung zu Protest und sozialen Bewegungen wieder. Akteure sozialer Bewegungen wie Martin Luther King oder in Deutschland etwa Theodor Ebert haben ihr Verständnis eines legitimen zivilen Ungehorsams immer auch aus den Traditionen des Protestantismus begründet. Im „Zivilen Friedensdienst“ haben sich diese Traditionen wirkungsvoll ausgewirkt.

Kirchen und Religionsgemeinschaften sind heute mehr denn je aufgefordert, sich gemeinsam auf gemeinsame ethische Grundlagen und interreligiöse Toleranz zu verständigen und fundamentalistischen Tendenzen entgegenzutreten. Die frühen

Ansgar Klein - 25. April 2016

Erfahrungen staatlicher Verfolgung haben im Selbstverständnis protestantischer Assoziationen die Rolle von Menschenrechten und Bürgerrechten geschärft. Im Weltkirchenrat und an anderen Orten wird in diesem Sinne gehandelt.

Max Weber hatte die Bedeutung der protestantischen Ethik für den „Geist des Kapitalismus“ betont. In Prozessen der Säkularisierung sind die tragenden Motive des Marktgeschehens in einer globalisierten Welt sicherlich profanisiert worden. Doch haben eine wachsende soziale Ungleichheit weltweit und die ökologischen Grenzen eines ressourcenintensiven Wachstums auch die Bedeutung des Protestantismus für den Diskurs um einen neuen Fortschrittsbegriff jenseits bloßen Wachstumsdenkens deutlich gemacht. Die Bewahrung der Schöpfung ist ein zentraler Gedanke des modernen ökologischen Verständnisses.

Auch ein gemeinsamer Diskurs mit der Zivilgesellschaft über soziale Bürgerrechte ist angesichts einer weltweit wachsenden sozialen Ungleichheit dringend nötig. Für das Verhältnis von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft sind auch die ethischen Impulse unverzichtbar, die – unlängst von Wolfgang Huber im Hightech Forum der Bundesregierung vorgetragen – unterscheiden zwischen Wettbewerbsfähigkeit und Zukunftsfähigkeit: Die Zivilgesellschaft benötig die ethischen Impulse beider Kirchen für eine verantwortliche Technikentwicklung.

Auch die Debatte um öffentliche Güter erfordert in den kommenden Jahren eine intensive Beteiligung der Kirchen. In einem modernen Verständnis von Engagementpolitik und Sozialpolitik gilt es den sogenannten „Welfare Mix“, also die Koproduktionen von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft, so zu entwickeln, dass dabei der Eigensinn des Engagements gewahrt und Instrumentalisierung oder Monetarisierung des Engagements vermieden werden. Derartige Koproduktionen, so das engagementpolitische Grundverständnis, sind für Engagierte, die ihre Zeit spenden und keine kommerziellen Anliegen haben, immer verbunden mit der Bedeutung der öffentlichen Güter, die durch das Engagement in Koproduktionen gestärkt werden. Die beiden christlichen Wohlfahrtsverbände zählen zu den größten Arbeitgebern Europas und sind zugleich wichtige Orte des Engagements. Im Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) treffen sich die kirchennahen Organisationen zweimal im Jahr im Rahmen eines ökumenischen Arbeitskreises, um gemeinsame engagementpolitische Fragen zu erörtern. Dieses Forum ist von großer und wachsender Bedeutung, um die zivilgesellschaftliche Praxis und das bürgerschaftliche Engagement zu stärken.

Copyright: Alle Rechte bei Deutscher Kulturrat